

A n t r a g
(Alternativantrag)

der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

zu dem Antrag der Fraktion Die Linke
- Drucksache 8/2078 -
Studierende in Thüringen und bundesweit stärken –
BAföG endlich grundlegend reformieren

Bildungssicherheit garantieren – BAföG zukunftsfest aufstellen

Die Landesregierung wird gebeten,

1. sich im Bundesrat für die zügige Umsetzung der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD auf Bundesebene vereinbarten Inhalte der BAföG-Novelle einzusetzen, insbesondere für eine schrittweise Anpassung des Grundbedarfs der Studierenden an das Grund Sicherungsniveau, eine Erhöhung des Grundbedarfs für Schülerinnen und Schüler in gleichem prozentualen Umfang, eine Erhöhung der Wohnkostenpauschale auf monatlich 440 Euro sowie eine konkrete und praxisnahe Ausgestaltung der vorgesehenen Verwaltungs vereinfachungen;
2. der auskömmlichen sachlichen und personellen Ausstattung des Amtes für Ausbildungsförderung Priorität einzuräumen, um eine verlässliche, bürgernahe und zügige Bearbeitung der BAföG-Anträge zu gewährleisten;
3. die notwendigen Lizenzen, technischen Voraussetzungen und Personalkapazitäten für den geplanten Umzug der vom Thüringer Landesrechenzentrum gehosteten Fachanwendung zur Bearbeitung von BAföG-Anträgen bereitzustellen;
4. den befristeten Einsatz zusätzlichen Personals im Amt für Ausbildungsförderung zu ermöglichen, um den in den vergangenen Jahren entstandenen Bearbeitungsrückstau rasch abzubauen und die Leistungsfähigkeit der Behörde wiederherzustellen.

Begründung:

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist ein zentrales Instrument zur Förderung von Chancengleichheit und Leistungsorientierung im Bildungswesen. Es ermöglicht jungen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – den Zugang zu Bildung und Ausbildung. Eine zeitgemäße und bedarfsgerechtere Anpassung der BAföG-Fördersätze sowie eine effiziente und bürgerfreundliche Verwaltungspraxis sind dabei von entscheidender Bedeutung.

In den vergangenen Jahren ist es in Thüringen wiederholt zu Verzögerungen bei der Bearbeitung von BAföG-Anträgen gekommen. Neben einem insgesamt gestiegenen Antragsaufkommen haben insbesondere die hohe Zahl komplexer oder unvollständig eingereichter Anträge zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand geführt. Hinzu kommen personelle Engpässe: Für Neueinstellungen stehen nur wenige fachlich bereits geschulte Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung, sodass neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunächst eine längere Einarbeitszeit benötigen.

Die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehenen Änderungen des BAföG bieten die Chance, das BAföG noch bedarfsgerechter auszugestalten, Verfahren zu vereinfachen und Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten. Thüringen sollte sich im Bundesrat aktiv dafür einsetzen, dass diese Maßnahmen zügig umgesetzt und praxisnah ausgestaltet werden.

Zugleich ist es erforderlich, die Arbeitsfähigkeit des Amtes für Ausbildungsförderung durch eine ausreichende personelle und technische Ausstattung nachhaltig zu sichern. Der befristete Einsatz zusätzlichen Personals kann helfen, bestehende Rückstände rasch abzubauen und den Bürgerinnen und Bürgern wieder verlässliche Bearbeitungszeiten zu garantieren.

Für die Fraktion
der CDU:

Jary

Für die Fraktion
des BSW:

Dr. Wogawa

Für die Fraktion
der SPD:

Merz